

Medienunterlagen

Medienkonferenz

Vom Freitag, 11. Oktober 2002 um 11.15 Uhr
in Bern, Bundeshaus, Zimmer 86

dene wos guet geit

(Das ganze kann wiederholt werden.)

dene wos guet geit
giengs besser
giengs dene besser
wos weniger guet geit
was aber nid geit
ohni dass's dene
weniger guet geit
wos guet geit

drum geit weni
für dass es dene
besser geit
wos weniger guet geit
und drum geits o
dene nid besser
wos guet geit

Mani Matter

Komitee „NEIN zur Anti-Asyl-Initiative“

Kurzargumente und Forderungen

Am 24. November: NEIN zur Anti-Asyl-Initiative der SVP

Flüchtlinge, die in ihrer Heimat bedroht und verfolgt werden, sollen bei uns Asyl erhalten.

Dieses Grundprinzip wird fallen, wenn die SVP-Asylinitiative gegen Flüchtlinge am 24. November angenommen wird: Flüchtlinge sollen ihr Asylgesuch anderswo stellen – nicht aber in der Schweiz. Wer dies dennoch versucht - so die Initiative - begeht „Asylmissbrauch“ und soll wieder in das zuletzt durchreiste Land zurückgeschickt werden. Wenn das durchreiste Land sie nicht zurücknehmen will, werden die Asylsuchenden mit einem prekären Aufenthaltsstatus bestraft, der kein normales Leben zulässt.

Wir wollen Flüchtlinge aufnehmen und nicht wegweisen

Die Initiative trifft alle: Verfolgte, Gefolterte, Traumatisierte, unbegleitete Kinder, alleinstehende Frauen, Familien mit Kindern, Kranke und Pflegebedürftige. Wenn es nach dem Willen der SVP geht, so erhalten sie alle keinen Zugang mehr zum Asylverfahren, wenn sie über einen „sicheren Drittstaat“ eingereist sind. Die Schweiz, inmitten von Europa, ist von „sicheren Drittstaaten“ umgeben, durch welche Flüchtlinge reisen müssen, wenn sie auf dem Landweg zu uns flüchten. Bleibt den Flüchtlingen der Luftweg, wenn der Landweg zur Falle wird? Auch da will die SVP-Initiative den Riegel schieben: sie will Fluggesellschaften hart bestrafen, wenn sie Passagiere transportieren, welche die Einreisbestimmungen nicht vollumfänglich erfüllen.

Wir lassen uns nicht irreführen

Die Initiative „gegen Asylmissbrauch“ trägt einen irreführenden Namen. Er stempelt mit dem Wort „Missbrauch“ Asylsuchende zu Betrügern und Kriminellen. Er suggeriert, dass Menschen, die in unser Land flüchten, eine minderwertige und verwerfliche Moral anhaftet. Wenn einige delinquente Personen vorgeben, Asylsuchende zu sein, ist dies noch lange kein Grund, das Asylprinzip abzuschaffen.

Wir wollen am Solidaritätsgedanken festhalten

Die SVP will die härteste Drittstaatenregelung in Europa einführen. Doch gegen diesen schrankenlosen „Export“ von Asylsuchenden werden sich die anderen

Länder sträuben. Das rücksichtslose Projekt verletzt einmal mehr den Solidaritätsgedanken.

Solidarität mit den Menschen, die bedroht und gefährdet sind, darf nicht durch Verunglimpfung und Verhetzung untergraben werden.

Darum verteidigen wir das Recht, Rechte zu haben! Engagieren wir uns für ein NEIN zur Anti-Asyl-Initiative!

Wir wollen ein menschliches Asylgesetz

Die Anti-Asyl-Initiative zeigt Wirkung, bevor sie der Schweizer Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt wird. In seiner neuen Teilrevision des Asylgesetzes will der Bundesrat die Vorschläge der SVP-Initiative zu einem grossen Teil aufnehmen. Ein NEIN zur Anti-Asyl-Initiative soll auch ein deutlicher Hinweis für den Gesetzgeber sein, das Asylgesetz offener und menschlicher zu gestalten.

Wir wollen eine weltoffene Schweiz

Die Schweiz hat mit ihrem Beitritt zur UNO deutlich gezeigt, dass sie weltoffen ist und am Geschick der Menschen und Länder teilnimmt. Sie ist stolz auf ihre humanitäre Tradition der Hilfe und ihre Handlungsfähigkeit in akuten Notsituationen. Die Schweiz ist jedoch auch ein reiches Land, das seinen Wohlstand nur erwerben konnte, weil die Ressourcen auf der Welt ungleich verteilt sind und ihre Nutzung nur mit ungerechten Mitteln und durch die Unterdrückung zahlreicher Bevölkerungen erworben wurde. Weltoffenheit heisst für uns, unsere Augen und unser Land vor der weltweiten Not und Ungerechtigkeit nicht zu verschliessen. Wir setzen uns ein für die Rechte der Menschen und für eine offenere Asyl- und Migrationspolitik.

Daher sagen wir NEIN zur menschenverachtenden Asylinitiative – wir wollen keinen Stacheldraht um die Schweiz errichten!

Komitee „NEIN zur Anti-Asyl-Initiative“

Extrabestrafung von Konventionsflüchtlingen

Tausende von Asylsuchenden leben heute unter unbefristetem Arbeitsverbot in der Schweiz. Betroffen von diesem Arbeitsverbot waren beispielsweise während rund zwei Jahren die Roma aus dem Kosovo, deren Gesuch zwar abgelehnt worden war, die aber nicht ausgewiesen werden durften (weil sie nach den NATO-Bombardierungen aus „ethnischen“ Gründen an Leib und Freiheit bedroht waren). Das hiess, dass die kosovarischen Roma in der Schweiz gezwungen waren, über Monate oder Jahre untätig zu bleiben und von Sozialleistungen weit unter dem Schweizer Durchschnitt zu leben.

Ein alter Zopf?

Was die SVP in ihrer 1999 lancierten Initiative unter Buchstabe f) fordert, nämlich die eigenständige Erwerbstätigkeit von Asylsuchenden nach einem letztinstanzlichen negativen Entscheid zu verbieten, ist bereits 1998 ins totalrevidierte Asylgesetz aufgenommen worden (Art. 43, Abs. 2, AsylG). Die konkreten Folgen für Betroffene sind katastrophal: sie leben völlig ausgegrenzt und leiden unter einer erdrückenden Perspektivlosigkeit. Auch die unter den Buchstaben d) und e) vorgeschlagenen Einschränkungen von medizinischen Leistungen und von Fürsorge weit unter dem Schweizer Existenzminimum sind heute bereits Realität oder werden in der laufenden Teilrevision des Asylgesetzes den SVP-Forderungen angepasst. Auch heute schon erfolgt Unterstützung in Form von Sachleistungen; auch heute schon bestimmen Kantons- und Gemeindebehörden darüber, welche Ärzte Asylsuchende aufsuchen können und wann sie das dürfen. Oft wird von bürgerlicher Seite gesagt, diese Forderungen seien heute bereits überholt und ein alter Zopf. In Wirklichkeit wurden Praxis, Verordnungen und Gesetzgebungen laufend den Forderungen der SVP angepasst. Die Initiative hat ihre Wirkung schon lange vor der Abstimmung entfalten können. Wenn die SVP ihre Abstimmungskampagne unter dem Schlagwort „Schluss mit leeren Versprechungen“ führt, verschleiert sie, dass die Behörden die meisten SVP-Forderungen schon umgesetzt haben. Unerfüllt bleibt noch die Forderung nach Reduzierung der ärztlichen Leistungen auf den Notfalldienst.

Providurium für Konventionsflüchtlinge

Es ist aber die vorgeschlagene Drittstaatenregelung, die das Leben von Verfolgten und Bedrohten zusätzlich prekariert. Die SVP-Initiative will mit ihrer Drittstaatenregelung denen, die nicht weggewiesen werden können, die Möglichkeit auf eine Verbesserung ihrer prekären Lebensbedingungen rauben.

Weil kein Asyl mehr erteilt wird, müssen die Asylsuchenden, deren Wegweisung nicht zulässig ist, unbefristet im schlechten Status von vorläufig Aufgenommenen verbleiben. Bloss die Asylgewährung erlaubt ja ein menschenwürdiges Leben, z.B. die Möglichkeit einer beruflichen Weiterbildung, den uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, die Möglichkeit, ins Nachbarsland zu reisen, Familienangehörige nachzuziehen und nach fünf Jahren eine Niederlassungsbewilligung zu erlangen. Aber eine Asylgewährung ist gemäss SVP-Initiative nicht mehr möglich. Gelangen die Asylsuchenden in die zweite Verfahrensschleife, nachdem die Wegweisung in ein Drittland nicht hat erfolgen können, so bleiben sie im Provisorium gefangen. Fast die Hälfte der heute anerkannten Flüchtlinge sind AkademikerInnen und Hochqualifizierte. Gemäss der SVP-Initiative würde ihnen eine berufliche Entfaltung und das Einbringen ihrer wertvollen Ressourcen in unsere Gesellschaft verbaut.

Ein solcher Vorschlag ist nicht nur gesellschaftlich und wirtschaftlich verantwortungslos, sondern zerstört auch Lebenssinn und Zukunftsperspektiven der Flüchtlinge, welche in der Schweiz bleiben. Kein Mensch, der über die Konsequenzen der Initiative informiert ist, kann der SVP-Initiative am 24. November zustimmen.

Anni Lanz, Solidarité sans frontières
Bern, den 11. Oktober 2002

Komitee „NEIN zur Anti-Asyl-Initiative“

Die Schweiz soll mit ihrer humanitären Tradition brechen!

Dies geschieht, wenn die SVP-Asylinitiative angenommen wird. In üblich brutaler Manier, und mit noch weiter gehenden Forderungen als in früheren Initiativen will die SVP einen Stacheldraht um die Schweiz errichten. Das Grundrecht auf Schutz soll abgeschafft werden. Nicht die möglichen Fluchtgründe werden geprüft, sondern der Weg der Asylsuchenden in die Schweiz. Rechtsstaatliche Verfahren gibt es folglich nicht mehr! Die Initiative trifft ohne Unterschied alle: Verfolgte, Gefolterte, Traumatisierte, unbegleitete Kinder und Jugendliche, alleinstehende Frauen, Familien mit ihren Kindern, Kranke und Pflegebedürftige! Sie allen werden mit der Missbrauchs-Initiative zu Betrügerinnen, Kriminellen und moralisch minderwertigen Menschen gestempelt.

Das Kernstück der Initiative ist die **Drittstaatenregelung**. Auf Asylgesuche, von Personen, die aus einem „sicheren Drittstaat in die Schweiz eingereist sind, wird nicht eingetreten, wenn der Asylsuchende im Drittstaat ein Gesuch gestellt hat, *oder hätte stellen können*“. 98% aller Flüchtlinge und Schutzbedürftigen reisen aber auf dem Landweg in die Schweiz. Ihr Weg führt sie folglich durch sichere Drittstaaten, sie hätten ihr Asylgesuch anderswo stellen können. Die Initiative verlangt, dass die Schweiz Flüchtlinge und Schutzbedürftige ohne Prüfung ihrer möglichen Asylgründe wieder in das zuletzt durchreiste „sichere“ Land zurückschickt. Die Menschen sollen also alle ausgeschlossen werden und einen Nichteintretensentscheid erhalten, egal welches Schicksal sie in ihrem Ursprungsland erlitten haben.

Die Flüchtlinge haben zwar die Möglichkeit, eine Beschwerde einzureichen, diese ist jedoch nur auf die Frage nach dem sicheren Drittstaat beschränkt. Die Beschwerdefrist ist ausserdem mit 24 Stunden extrem kurz. Sie widerspricht der Anforderungen des Völkerrechts.

Mit der Drittstaaten-Regelung entledigt sich die Schweiz „elegant“ ihrer Flüchtlinge – im Alleingang, wie es die SVP immer wieder will. So wird sich die Schweiz aber auch den Ärger ihrer Nachbarn aufladen, die bestimmt keineswegs bereit sind, die Schweiz auf diese Weise zu entlasten. Zudem wird kein einziges Land auf eine blosser Erklärung hin und ohne genaue Abklärung durch die Schweizerbehörde, Flüchtlinge und Asylsuchende zurücknehmen. Abgewiesene, die nicht in ihr Land zurückgehen können, leben dann ohne geregelten Status (vorläufig Aufgenommene) und in äusserst prekären Verhältnissen, denn die Initiative fordert auch tiefere Fürsorgeleistungen und ein verschärftes Arbeitsverbot.

Der gehässige Grundton - zu viele und kriminelle Ausländer, die das Asylrecht missbrauchen - zieht sich als roter Faden durch alle Forderungen der Anti-Asylinitiative hindurch. Der alte menschenverachtende Forderungskatalog der 18%-Initiative wird, mit weiteren Zusätzen versehen, neu aufgelegt: Rückschaffung in sichere Drittländer, kein geregeltes Asylverfahren, grundrechtswidrige Verschlechterung des Sozialstandards. Dies ist umso bedenklicher als die Initianten – sie stützen sich auf professorale Gutachten - behaupten, ihre Initiative sei Völkerrechts-konform. Richtig ist, dass mit der Initiative einmal mehr das Völkerrecht ausgehöhlt und in allen Punkten gegen Treu und Glauben verstossen wird. Dies ist einer humanitären Schweiz nicht würdig.

Mit ihren simplen und vermeintlich einfachen Lösungsvorschlägen, sowie ihren irreführenden Angaben schürt die SVP einmal mehr Fremdenhass und Rassismus. Sie trägt damit zur Eskalation von Gewalt gegen Fremde bei und schafft damit ein Klima der Angst und der Ablehnung in der Schweiz.

Die Initiative ist ausserdem bewusst irreführend, sie bringt auch keine politische Lösung des Flüchtlingsproblems. Die Wählerinnen und Wähler werden sich dennoch angesprochen fühlen – und das ist der Skandal einer Regierungspartei, die eigentlich demokratischen Regeln, rechtsstaatlichen Verfahren und humanitärer Sorgfalt verpflichtet sein müsste.

Ruth-Gaby Vermot, SP
Bern, 11. Oktober 2002

ReferentInnenliste Komitee Nein zur Anti-Asyl-Initiative

08.10.2002

name	vorname	adresse	plz	ort	mail	tel privat	tel büro	Sprache	Region	ganze CH
Aeppli	Regine	Spiegelhofstrasse 28	8032	Zürich	raeppli@sp-ps.ch	01 262 41 61	01 241 66 88	D	X	
Bühlmann	Cécile	Guggistrasse 17	6005	Luzern	c.buehlmann@centralnet.ch	079 469 90 02	041 310 31 79	D/F/I		X
Busch	Heiner				heinerbusch@freesurf.ch			D	X	
Chappuis	Liliane	La Perrausaz 166	1727	Corpataux	lchappuis@sp-ps.ch	026 411 19 18	031 301 20 91	F	X	
Ehrler	Guido	Rebgasse 1	4005	Basel	oborer@datacomm.ch			D	X	
Fässler	Hildegard	Postfach 141	9472	Grabs	hfaessler@sp-ps.ch	081 771 44 83	081 771 14 51	D	X	
Fehr	Jacqueline	Ackeretstrasse 19	8400	Winterthur	jfehr@sp-ps.ch	052 224 09 09	052 224 09 01	D	X	
Fehr	Hans-Jürg	Pilatusstrasse 60	8203	Schaffhausen	hjfehr@sp-ps.ch	052 624 56 29		D	X	
Fehr	Mario	Im Sihlhof 14	8134	Adliswil	mfehr@sp-ps.ch	01 710 11 63		D	X	
Fetz	Anita	Mühlenberg 12	4010	Basel	afetz@sp-ps.ch	061 681 09 72		D		
Garbani	Valérie	Case postale 125	2004	Neuchâtel 4	vgarbani@sp-ps.ch	032 725 65 58	031 329 69 61	F	X	
Gross	Andreas	Postfach 7175	8023	Zürich	info@andigross.ch	079 401 71 01		D + F	X	X
Hämmerle	Andrea	Rietberg Pratval	7415	Rodels	ahaemmerle@sp-ps.ch	081 655 16 30		D	X	X
Hubmann	Vreni	Postfach	8042	Zürich	vhubmann@sp-ps.ch	01 363 22 85		D	X	
Janiak	Claude	Münsterplatz 10	4102	Binningen	cjaniak@sp-ps.ch	061 421 95 62	061 421 05 95	D	X	
Jossen-Zinsstag	Peter	Postfach	3952	Susten	pjossen@sp-ps.ch	027 473 31 64	027 921 22 77	D	X	X
Jutzet	Erwin	Ried	3185	Schmitten	ejutzet@sp-ps.ch	026 496 20 62	026 322 37 37	D + F	X	X
Maury Pasquier	Liliane	Avenue de Crozet 2	1219	Châteleine	lmaury@sp-ps.ch	022 796 05 16	022 796 05 16	D + F	X	X
Menétrey	Anne-Catherine	ch. De la Planette	1071	St. Saphorin	acmenetrey@bluewin.ch	021 921 08 70	079 449 59 01	F	X	
Mungy	Patrice	23, Louis Favre	1201	Genève	patrice.mugny@parl.ch	079 637 77 38	022 800 38 48	F	X	
Nideröst	Peter	Gartenhof 15	8036	Zürich	nideroest@advogar.ch			D	X	
Pedrina	Fabio	Via Stazione	6780	Airolo	fpedrina@sp-ps.ch	091 869 23 69	091 825 31 07	Ital.	X	
Rechsteiner	Ruedi	Murbacherstr. 34	4056	Basel	rrechsteiner@sp-ps.ch	061 382 13 91	061 322 49 15	D	X	
Schwaab	Jean-Jacques	Place Pépinet	1002	Lausanne	jschwaab@sp-ps.ch	021 799 17 72	021 319 90 96	D	X	
Sommaruga	Simonetta	Jurablickstr. 65	3095	Spiegel b. Bern	ssommaruga@sp-ps.ch	031 971 88 94	078 812 11 65	D	X	
Teuscher	Franziska	Neubrückstr. 114	3012	Bern	f.teuscher@bluewin.ch	031 301 18 60	079 608 91 03	D	X	
Tillmanns	Pierre	20, rue Porchat	1004	Lausanne	ptillmanns@sp-ps.ch	021 647 06 10		F	X	
Vermot-Mangold	Ruth-Gaby	Maulbeerstr. 14	3011	Bern	gvermot@sp-ps.ch	031 302 37 71	031 382 16 30	D + F	X	X
Vollmer	Peter	Münzrain 3	3001	Bern	pvollmer@sp-ps.ch	031 312 06 10	031 359 23 35	D	X	
Wyss	Ursula	Rabbentalstr. 83	3013	Bern	uwyss@sp-ps.ch	031 332 56 17	079 236 96 23	D	X	
Zanetti	Roberto	Längmattweg 16	4563	Gerlafingen	rzanetti@sp-ps.ch	032 675 36 80	031 357 57 57	D	X	
Zurkinden	Hubert	rue de la Carrière 20	1700	Freiburg	zurkinden@gruene.ch	026 424 93 44	079 653 88 73	D+F		X
Gegen schwarzen Rassismus										
Mutombo	Kanyana				kanyana@espaceweb.ch	022 343 87 93		F	Romandie	
Villoz	Felicienne				fveilloz@bluewin.ch	032 342 22 73		F	Romandie	
Fröhlicher-Stines	Carmel				csfroh@yahoo.com	01 396 88 71		D + E	D-CH	
Loebell	Glenda				glloebell@yahoo.com	01 341 94 22		D + E	D-CH	
Topka	Jerome				topkaj@gmx.net	079 641 66 92		D + F		X

Komiteemitgliederliste "Nein zur Anti-Asyl-Initiative"

Stand 10.10.2002

Anrede	Vorname	Name	Zusatz	Adresse	PLZ	Ort				
Herr	Ruedi	Baumann	Nationalrat Grüne	Inselmatt	3262	Suberg				
Frau	Cécile	Bühmann	Nationalrätin Grüne	Guggistr. 17	6005	Luzern				
Monsieur	Fernand	Cuche	Nationalrat Grüne	Les Prés	2523	Lignièrès				
Monsieur	Nils	De Dardel	Nationalrat SP							
Herr	Hugo	Fasel	Nationalrat CSP	Juraweg	1717	St. Ursen				
Frau	Jacqueline	Fehr	Nationalrätin SP	Ackeretstr. 19	8400	Winterthur				
Herr	Mario	Fehr	Nationalrat SP							
Mme	Valérie	Garbani	Conseillère nationale PS	Rue du Concert 2	2001	Neuchâtel				
Herr	Christoph	Geiser	Schriftsteller	Ländteweg 1	3005	Bern				
Frau	Ruth	Genner	Nationalrätin Grüne	Haumesser 16	8038	Zürich				
Frau	Maya	Graf	Nationalrätin Grüne	Unter der Fluh	4450	Sissach				
Herr	Andreas	Gross	National-/Europarat SP							
Herr	Paul	Günter	Nationalrat SP		3707	Därligen				
Herr	Remo	Gysin	Nationalrat SP	Petersgraben 49	4051	Basel				
Frau	Pia	Hollenstein	Nationalrätin Grüne	Axensteinstr. 27	9000	St. Gallen				
Frau	Natalie	Imboden	Zentralsekretärin SGB	Sulgenheimweg 17	3007	Bern				
Herr	Claude	Janiak	Nationalrat SP	Hauptstrasse 104	4102	Binningen				
Herr	Josef	Lang	Historiker/Kantonsrat	Bleichimattweg 2	6300	Zug				
Frau	Anni	Lanz	solidarité sans frontière							
Herr	Peter	Liatowitsch	Advokat/Notar/Mediator	Elisabethenstr. 28	4010	Basel				
Herr	Claudio	Marti	Zentralsekr. JUSO CH	Postfach 8208	3001	Bern				
Frau	Joy	Matter	alt Gemeinderätin	Weidenaustrasse 15	3084	Wabern				
Mme	Anne-Catherine	Menétrey	Nationalrätin Grüne	Ch. De la Planette	1071	St. Saphorin				
Monsieur	Patrice	Mugny	Nationalrat Grüne	23, Louis Favre	1201	Genève				
Frau	Nattiel	Marlis	Studentin	Rosfeldstrasse 40	3004	Bern				
Monsieur	Jean-Claude	Rennwald	Conseiller national PS	Case postale 140	2830	Courrendlin				
Herr	Kaspar	Suter	Pol. Fachsekretär SPS	Feldstrasse 40a	4123	Allschwil				
Frau	Franziska	Teuscher	Nationalrätin Grüne	Neubrückstr. 114	3012	Bern				
Frau	Ruth Gaby	Vermot Mangold	Nationalrätin SP							
Herr	Tim	Walker	Rechtsanwalt	Hinterdorf 27	9043	Trogen				
Herr	Christian	Winiger	lic.iur./Gemeinderat SP	untere Hardegg 27	4600	Olten				
Herr	Hubert	Zurkinden	GS Grüne Schweiz	rue de la carrière 20	1700	Freiburg				

Mitgliedorganisation

Stand 10.10.2002

CaBi	Linsenbühlstr. 4
Antirassismustreffpunkt St. Gallen	9000 St. Gallen
Politische Frauengruppe St. Galen	
Zürcher Freiplatzaktion	
Europäisches BürgerInnenforum/Forum Civique Européen	Pf. 42, 4004 Basel
C.E.D.R.I Comité européen pour la défense des refugies et immigrés	Pf. 42, 4004 Basel
DJS Demokratische Juristinnen und Juristen Schweiz	Neuengasse 8, 3011 Bern
Frauenrat für Aussenpolitik, FrAu	Geht auch über Sosf
Schweizerischer Friedensrat	Gartenhofstr. 7 Postfach, 8023 Zürich
Frauen für den Frieden CH	Postfach, 6000 Luzern 15
BASTA! Basel	Rebgasse 1, Pf, 4005 Basel
Interprofessionelle Gewerkschaft der ArbeiterInnen, IGA, Basel	Greifengasse 7, 4085 Basel
Grüne Partei BS	
CRAN, Carrefour de Réflexion et d'Action contre le Racisme Anti-Noir	c.p. 6145, 3001 Berne
FIZ Fraueninformaitonszentrum für Frauen aus Afrika, Asien,	Badenerstrasse 134, 8004
Solidarité sans frontières	Neuengasse 8, 3001 Bern
Grüne Partei Schweiz	Neuengasse, 3011 Bern
Sozialdemokratische Partei Schweiz	Spitalgasse 34, 3001 Bern
Schweizerischer Gewerkschaftsbund	Postfach 64, 3001 Bern
FGS Frauengewerkschaft Schweiz	Bollwerk 39, 3011 Bern
Comedia	Postfach 3001 Bern
GBI	Zürich
Forum gegen Rassismus	Neuengasse 8, 3011 Bern

Kulturschaffende

Erica Brühlmann-Jecklin	
Jürgmeier	
Judith Giovanelli-Blocher	
Thea Uhr-Schrempp	
Peter Zeindler	
Martin R. Dean	
Ernst Born	
Joy Matter, alt Gemeinderätin Stadt Bern, Präsidentin der Stiftung Gertrud Kurz	
Manfred Züfle	
Stefan Keller	
Maja Beutler	
H.P. Gansener	
Christoph Geiser	